

Die Querköpfe

<https://senioren-berlin.verdi.de/branchen/medien-kunst-industrie>
Zeitung der Seniorinnen und Senioren im Fachbereich 8
Medien, Kunst und Industrie Landesbezirk Berlin-Brandenburg



4. Jahrgang | Nr. 3 | 15. Oktober 2016

16 Jahre nach der Wiedervereinigung

Ost-West-Rentenangleichung überfällig

Von Wolfhard Besser

„Was lange währt wird endlich gut“ - heißt es in einem Sprichwort. Das träfe zu, wenn die angedachte Rentenangleichung Ost an West Realität würde. Eigentlich hatte die Bundesregierung im Einigungsvertrag 1990 versprochen, dass ein einheitlicher Rentenwert schon um 1995 erreicht wird. Will man der Ankündigung der Bundesministerin für Arbeit und Soziales glauben, könnte diese Aktion nun endlich bis zum 1. Januar 2020 erfolgen. Das wäre dann 30 Jahre nach der deutschen Einheit!

Immer wieder hatten die Gewerkschaften, vor allem ver.di, gewerkschaftliche und soziale Initiativgruppen, Sozialverbände und schließlich auch die ostdeutschen Ministerpräsidenten, zuletzt im April 2016, gefordert, endlich das Versprechen von 1990 einzulösen. Sicher, seit der Ankündigung von damals ist das ostdeutsche Rentenniveau stetig gestiegen, aber es blieb immer hinter dem westdeutschen zurück. Das Verhältnis Ost zu West beträgt gegenwärtig 94,1 zu 100 Prozent. Die Rentenberechnung erfolgt separat nach Ost und West, auf der Basis der tatsächlich



Foto: Wolfhard Besser

erzielten Arbeitsentgelte, für die Beiträge in die Rentenkasse gezahlt wurden. Die aber sind im Osten geringer, weil auch das Lohnniveau wesentlich niedriger liegt. Die Nachteile im Einkommensniveau werden ausgeglichen, indem die Arbeitsentgelte für die Rentenberechnung mittels eines Hochrechnungsfaktors angehoben werden.

Da die Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit nicht das westdeutsche Niveau erreichen werden, was für einen einheitlichen Rentenwert nötig wäre, muss eine andere Lösung gefunden werden. Bundesministerin Andrea Nahles will Anpassungsschritte auf den Weg bringen. Eine vollständige Angleichung ist nach gegenwärtig geltendem Recht nicht möglich. Es muss einen zusätzlichen Schritt geben, den das Rentenbündnis unter Federführung von ver.di seit über zehn Jahren fordert. Zudem haben sich die Löhne im Osten unterschiedlich entwickelt, so dass die pauschale Umwertung der Ostentgelte in der jetzigen Form neue Ungerechtigkeiten verursacht. Wer heute schon nach Westniveau bezahlt wird, dessen Einkünfte werden ebenfalls hochgerechnet, daher erhält er anteilig einen höheren Entgeltpunkt als ihm eigentlich zusteht

Seit Juli 2016 liegt der Gesetzentwurf zum Abschluss der Rentenüberleitung vor. Danach soll die Angleichung Ost an West in zwei Schritten erfolgen. Zusätzlich zur alljährlichen Rentenerhöhung zum 1. Juli könnte dies zum 1. Januar 2018 und zum 1. Januar 2020 sein. Zu beiden Terminen sollte die Hälfte der Differenz Ost-West angerechnet werden. Gegenwärtig sind es pro Rentenpunkt noch 5,9 Prozent oder anders ausgedrückt: 28,66 Euro

Ost zu 30,45 Euro West. Ver.di bemängelt, dass dieser Schritt nicht schon 2017 erfolgt, und kündigt an, genau zu prüfen, ob der Gesetzentwurf auch hält, was er verspricht. Ist der zweite Schritt abgeschlossen (vorgesehen 2020) würde dann die Hochwertung der Entgelte Ost ab diesem Zeitpunkt entfallen.

Dieses Vorhaben muss finanziert werden. Der erste Schritt kostet ca. 1,8 Mrd. Euro und der zweite rund 3,9 Mrd. Euro. Der Referentenentwurf schlägt vor, die Mittel aus dem Bundeshaushalt zu nehmen. Diese Anpassungen

brächten allerdings auch Geld ein: beispielsweise höhere Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung und zusätzliche Steuereinnahmen, weil mit dieser Angleichung einige Rentner in die Steuerpflicht rutschen. Also fließt ein gewisser Teil der Ausgaben wieder zurück in den Steuersäckel des Finanzministers.

Die Mittel für die Ost-West-Rentenangleichung dürfen nicht der Rentenkasse entnommen werden, wie im Falle der sogenannten Mütterrente leider geschehen. Sie müssen über Steuern finanziert werden. Das fordern übrigens auch die im Rentenbündnis vereinten Gewerkschaften und Sozialverbände. Zu fragen ist: Müsste sich hier nicht die Bundeskanzlerin einschalten? Sie hat dies neulich getan und das Projekt gestoppt, wie zu vernehmen war. Die Ost-Abgeordneten der CDU seien nicht einverstanden mit dem Wegfall der Höherwertung. Und auch der Finanzminister soll abgewinkt haben: nicht machbar. Dabei war Wolfgang Schäuble 1990 derjenige, der am Zustandekommen des Einigungsvertrages aktiv mitgewirkt hat. Damals wurde die Rentenfrage Ost als eine gesamtstaatliche Aufgabe betrachtet, mit der die deutsche Einheit im sozialen Bereich vollendet werden sollte. Der heutige Finanzminister wird sich dieses „nicht machbar“ noch überlegen müssen. Bundestagswahlen stehen vor der Tür. Schließlich will seine Partei nicht weiter in der Wählergunst sinken. Das dürfte auch auf den Koalitionspartner zutreffen, wenn sich Andrea Nahles (SPD) nicht durchsetzen kann. Die Bundeskanzlerin schlägt, wie zu vernehmen ist, die Anpassung in fünf Schritten bis 2023 vor. Damit würde die Anpassung erneut um Jahre nach hinten verschoben und der Politikverdrossenheit weiter Vorschub geleistet.

Verwirrende Aussagen**Rente in derzeitigen Wahlkämpfen**

Von Kurt Pittelkau

„Der Streit über die Rente ist sicher“, verballhornte unlängst die „Berliner Zeitung“ (28.7.) das altbekannte Versprechen des ehrenwerten CDU-Sozialpolitikers Norbert Blüm. Der Streit ist sicher, nicht aber die Rente in erwartbarer Höhe. Das überrascht niemand, die/der sich an den Diskussionen beteiligt, die natürlich von verschiedenen Interessen geleitet sind. Und die gerade in Wahlkampfzeiten dazu herausfordern. Hauptthema: die Abwendung des immer weiter sinkenden Rentenniveaus. Und die Ost-West-Angleichung, die mittlerweile die Öffentlichkeit auch stärker bewegt. Die „entzweie Bund



Foto: pexels-photo-medium

„Sichere Rente?“ – Wer blickt da noch durch, es ist zum Verzweifeln . . .

und Länder“, schreibt die Zeitung und weist zusätzlich nach, dass dabei auch Bundesminister gegeneinander agieren. Bewegt die Akteure etwa, dass die Hans-Böckler-Stiftung unserem Sozialstaat längst ein schlechtes Zeugnis ausstellt?

15 Jahre nach der Rentenreform beträgt das Rentenniveau gerade zwei Drittel des österreichischen. Und in OECD-Vergleichen rangiert die Bundesrepublik am unteren Rand. Wichtige Vergleiche, wenn von der Rente in Deutschland die Rede ist.

Die aktuelle Rentenkampagne wurde von ver.di angestoßen. Die DGB-Gewerkschaften wollen vereint den zu rot-grünen Zeiten beschlossenen „Reformkurs“ bei der gesetzlichen Rente umkehren. IG-Metall: „Zunächst soll das Absinken des Rentenniveaus von derzeit 47,7 Prozent in Richtung 44 Prozent vom letzten Einkommen im Jahr 2030 sofort gestoppt werden.“ Dann sollen die Altersbezüge möglichst bald wie die Löhne steigen. Mit welcher Geschwindigkeit das Rentenniveau auf welche Höhe anzuheben ist, müsste gesellschaftlich diskutiert werden, sagt IG-Metall-Chef Hans-Jürgen Urban.

Die Sozialpolitik wäre gut beraten, in der Diskussion die Grundsätze der Alterssicherung weiter in den Mittelpunkt zu stellen. Danach müssen die Lasten der alternden Gesellschaft auf alle Schultern verteilt werden. Außerdem muss die Vorsorge über eine gesetzliche, eine private und eine betriebliche Säule organisiert werden - „statt einer erneuten Altersgrenzendebatte“ Raum zu geben, meint Sympathie heischend der Präsident der Deutschen Rentenversicherung, Axel Reimann.

Auch Jung-CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn warnt, das Rentenniveau auf dem heutigen Stand zu halten, doch mit einem ganz anderen Verständnis. Er macht Front gegen die vom Koalitionspartner wieder gewonnenen sozialdemokratischen Positionen zur Rente. Spahn spricht sich nämlich für eine Begrenzung der Sozialausgaben aus. „Es wäre viel gewonnen, wenn wir bei den Sozialausgaben nicht dauernd draufsattelten“, sagte er in einem Interview

des Nachrichtenmagazins FOCUS und kritisierte Äußerungen führender Koalitionspolitiker, die sich für zusätzliche Leistungen ausgesprochen hatten, zum Beispiel bei den Renten.

Mit der Rente als Wahlkampfthema – darauf hatten sich CDU-Merkel und CSU-Seehofer nach einem Bericht des SPIEGEL verständigt – solle die Flüchtlingspolitik nach und nach in den Hintergrund gedrängt werden. Der Horstel ließ sogar fallen, die Altersbezüge für breite Kreise wieder erhöhen zu wollen. Nur: der CDU-Generalsekretär Peter Tauber meinte das Gegenteil im SPIEGEL: „Für die allmähliche Senkung des Rentenniveaus gab und gibt es gute Gründe.“ So meint also jeder etwas anderes – eine bewusst gesteuerte Verwirrung?

Dabei ist es eigentlich ganz einfach. „Wenn alle Deutschen, also auch Selbständige und Beamte, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, kann das gesetzliche Rentenniveau erhöht und gleichzeitig der Anstieg der Beiträge über einen langen Zeitraum gebremst werden.“ Das ist das Ergebnis einer neuen Langzeitprojektion der Ruhr-Universität Bochum für das ARD-Magazin MONITOR. Sie entkräftet eigentlich grundlegend, was von der Arbeitgeberseite und vom Wirtschaftsflügel der Unionsparteien immer wieder an Einwänden vorgebracht wird. Der rentenpolitische Sprecher der LINKEN im Bundestag, Matthias Birkwald, ist schon lange mit dieser Botschaft unterwegs.

Kulturpolitik nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus**Einbeziehung der Beschäftigten**

Der „Aufruf zur Gründung einer neuen Volksbühnenbewegung“ und die Petition „Rettet das Staatsballett Berlin“ sind die jüngsten Antworten auf eklatante personelle Fehlentscheidungen der Berliner Kulturpolitik in der vergangenen Legislaturperiode. Die Initiatoren fürchten zu Recht, dass die geplanten Führungswechsel in der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz und bei der klassisch geschulten Ballettcompagnie nicht nur den Institu-



Foto: Fernando Marcos

Klassisches Ballett in Berlin: Der Nussknacker

tionen selbst, sondern der Berliner Kulturlandschaft insgesamt schweren Schaden zufügen könnten. Ver.di erwartet, dass die langjährigen Erfahrungen und Kompetenzen der Beschäftigten Berücksichtigung finden.

Die Tänzerinnen und Tänzer des Berliner Staatsballetts haben für ihre Petition, mit der sie die Doppelintendanz verhindern wollen, breite Unterstützung erfahren. 17 000 Menschen aus aller Welt – Ballettexperten, Berufskollegen, aber auch Fans und Liebhaber klassischer Balletttradition haben binnen weniger Tage das Papier mitgezeichnet. „Die ver.di-Fachgruppe Theater und Bühnen unterstützt die Bemühungen der Künstler und Künstlerinnen um eine neue künstlerische Leitung, die dieser Compagnie die richtigen Zukunftsimpulse geben kann“, so die ver.di Fachgruppenvorsitzende Roswitha Weber. Ver.di-Fachsekretärin Sabine Schöneburg leitet daraus einen Auftrag an die künftig kulturpolitisch Verantwortlichen im Berliner Senat ab: „Korrekturen sind nicht nur möglich, sondern dringend erforderlich!“ (ver.di)

Was Bundesminister Gabriel und DGB verschweigen

Arbeitsrechte fehlen im Freihandelsabkommen CETA

Von Werner Rügemer



Mehr als 320.000 Menschen haben am 17.9. bundesweit gegen CETA und TTIP demonstriert und trugen ihren Widerstand gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA in sieben deutschen Städten auf die Straße

Weil der der Freihandelsvertrag TTIP erst einmal nicht zustande kommt, soll nun mit CETA die kanadische Hintertür geöffnet werden. Im CETA-Vertrag sind nur die Rechte von privaten Investoren verbindlich festgeschrieben und sanktionsfähig. Deshalb können nur Investoren vor den privaten Schiedsgerichten gegen die Staaten klagen und Schadenersatz herauschlagen. Nur die Investoren sind hier vollgültige Rechtssubjekte. Dagegen sind abhängig Beschäftigte, Lohnempfänger, Bauern, Freelancer und andere Selbstständige keine Rechtssubjekte. Wenn sie geschädigt werden, haben sie kein Recht auf Schadenersatz.

Übrigens: Nirgendwo in CETA, in TTIP und im schon fertigen Transpazifischen Freihandelsabkommen TTIP, zu dem auch die USA und Kanada gehören - nirgendwo werden die Allgemeinen Menschenrechte erwähnt. Ansonsten werfen doch dieselben, die auch diesen sogenannten Freihandel propagieren, mit Menschenrechten nur so um sich. Sie fordern Menschenrechte in China, aber nicht bei sich selbst. Aber: Arbeitsrechte sind Menschenrechte, und sie gehören in jeden internationalen und auch Handelsvertrag!

CETA: es gelten nicht die ILO-Originalnormen

Bundeswirtschaftsminister Gabriel argumentiert, in CETA werde doch auf die acht Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Bezug genommen. Das klingt vielleicht gut. Aber es gelten nicht die ILO-Originalnormen. Sie werden nur allgemein zusammengefasst. Die Vertragsparteien sollen sich an ihnen orientieren. Übrigens fehlt in dieser unverbindlichen Aufzählung eine Kernnorm ganz: das Recht auf gleichen Lohn für Mann und Frau. Auf dieses Recht legen unsere Freihändler überhaupt keinen Wert.

Und in CETA fehlen alle weiteren 181 ILO-Normen! Sie fehlen vollständig, und das wird von Wirtschaftsminister Gabriel und auch vom DGB nie erwähnt. Doch diese Normen gehören zum klassischen Arbeitsrecht: So zum Beispiel das Recht auf Kündigungsschutz, das Recht auf bezahlten Urlaub und bezahlte Arbeitspausen, das Recht auf vor Armut schützende Entlohnung, das Recht auf Sozialversicherungen, das Recht auf Schutz vor Gefahren am Arbeitsplatz, das Recht auf Entschädigung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, das Recht für Migranten und so weiter – all das fehlt in CETA, und zwar vollständig. Stattdessen heißt es: Die Vertragsparteien sollen für „akzeptable Mindeststandards für Lohn- und Gehaltsempfänger“ sorgen. „Akzeptabel“ – das ist die Freigabe der Erpressung.

Arbeitnehmer sind in CETA keine Rechtssubjekte

Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll eine „Sachverständigengruppe“ mit einer eigenen „Schiedsordnung“ einberufen werden. Zur Streitbeilegung soll man einen Vergleich anstreben und auf Mediatoren zurückgreifen. Man soll also die öffentlichen Arbeitsgerichte beiseite lassen. Mit CETA will man also praktisch in den Betrieben private Schiedsgerichte im Kleinen einrichten. Das war es dann. Keine Klagemöglichkeit,

keine Instanz, keine Sanktion. Nicht einmal zweitklassig. Arbeitnehmer sind in CETA keine Rechtssubjekte. Das verstößt gegen die Menschenrechte!

Kommen wir zum CETA-Vertragspartner Kanada. Da sieht es mit Arbeitsrechten miserabel aus. Die Regierungen haben sich zwar in den letzten Jahren beeilt, die acht ILO-Kernnormen zu ratifizieren, damit die Gewerkschaften CETA endlich akzeptieren. Aber die kanadischen Gewerkschaften lehnen CETA ab. Denn diese allgemeinen Normen, wozu das Recht auf kollektive Tarifverträge gehört, werden in Kanada auf andere Weise eingeschränkt. Die Regierungen dort haben während des letzten Jahrzehnts ein halbes Dutzend Gesetze gegen Streiks durchgesetzt, etwa gegen Eisenbahner, gegen Postler und gegen Beschäftigte der Fluggesellschaft Air Canada. Der Staat erzwingt die Rückkehr der Streikenden zur Arbeit. Ein Gesetz von 2013 schränkt Streiks ein, wenn „öffentliche Interessen“ berührt werden – wobei die Regierung allein feststellen kann, welche Interessen gemeint sind. Ebenso stoppen Gesetze Einkommenserhöhungen im öffentlichen Dienst, auch Provinzregierungen haben solche Lohnstopp-Gesetze durchgesetzt.

Kanada: moderne Kolonie der USA

Kanada ist eine moderne Kolonie der USA. Im Nordamerikanischen Freihandelsvertrag NAFTA wurden zum ersten Mal in einem multinationalen Vertrag die privaten Schiedsgerichte verankert. NAFTA enthält auch den Schutz der Investoren vor „indirekter Enteignung“: Wenn die „erwarteten“ Gewinne zum Beispiel durch Umweltauflagen und Mindestlohnenerhöhung eingeschränkt werden, können Investoren die Staaten auf Schadenersatz verklagen.

Mit NAFTA verdreifachte sich der Handel: Zum einen durch das verstärkte Hin- und Herschicken der Vor- und Halbprodukte mit den ausgelagerten Zulieferfirmen in Kanada und Mexiko, vor allem für die US-amerikanische und japanische Autoindustrie; zum anderen durch den großindustriellen Export: Die USA exportieren Mais und Fleisch, Kanada exportiert Rohstoffe (Öl, Mineralien, Holz) und Autos. Mit NAFTA wurde Kanadas industrielle Basis abgebaut. Der Niedriglohnsektor wurde immer weiter ausgebaut.

Ölkonzerne vor allem aus den USA entwickelten in Kanada die Techniken des Fracking. Kanada wurde zum meistverklagten Staat der Welt. Alle großen US-Unternehmen sind in Kanada vertreten. Kanada ist weiter an NAFTA gebunden. Und auch an CETA und an den kanadischen Arbeitsgesetzen will die neue liberale Regierung unter Justin Trudeau nichts ändern.

TTIP, CETA, TPP, TISA wollen abhängig Beschäftigte nicht als vollgültige Rechtssubjekte. Wir fordern dagegen: Arbeitsrechte sind Menschenrechte und gehören in jeden Handelsvertrag!

Übrigens: Sollten TTIP und CETA nicht durchkommen, dann geht die Auseinandersetzung weiter! Die menschenrechtswidrigen Freiheiten, die die Freihändler heute schon bekommen oder sich heute schon genommen haben, müssen gekündigt werden!

→ CETA Info

Ausstellung in der MedienGalerie, Dudenstraße

FLUCHT WEGE

so heißt die Ausstellung der Fachgruppe Bildende Kunst in der MedienGalerie. Die Vorderseite der Einladung ziert die Abbildung eines 100 mal 120 Zentimeter großen Ölgemäldes von Ronald Paris. „Charons Boote im Mittelmeer“, so hat der Maler und Grafiker es genannt. In der Mythologie bringt Charon die Toten über den Fluss Acheron zum Eingang des Hades, des Totenreichs. Auf die

Blick optimistisch fand ich das Bild von Klaus Hochhaus, das „Ankunft“ (Acryl auf Papier) heißt. Es zeigt ein Schiff – kein Boot! – mit vielen Menschen darauf, das sich einem Strand nähert. Auch dort stehen Menschen, es sieht aus, als angelten sie. Aber werden sie die Ankommenden mit offenen Armen empfangen?



Foto: Wolfgang Lücke

Ronald Paris: „Charons Boote im Mittelmeer“, 2015, Öl auf Leinwand, 100x120 cm (hier seitlich minimal beschnitten)

Fähre dieses unbestechlichen Fährmannes darf nur, wer die Begräbnisriten empfangen hat und dessen Überfahrt mit dem Charonspennig bezahlt worden ist. So weit der griechische Mythos. Im Unterschied zu diesem werden heute Menschen transportiert, die keineswegs als Reiseziel die Unterwelt haben, sondern einfach in Frieden in Europa leben möchten. Und der Obolus, den diese Überfahrten kosten, ist hoch, viele verkaufen ihre Häuser – sofern diese noch nicht zerbombt sind, um den Fahrpreis für die Schlepperboote zahlen zu können. „Wir leben hier 71 Jahre in Glück und Frieden“, sagt die Malerin Barbara Salome Trost, während Ronald Paris (83 Jahre) die Erinnerung an den Krieg in sich trägt.“

Ronald Paris ist seit 1959 freischaffend. Im selben Jahr kam eine ebenfalls in der Ausstellung vertretene Künstlerin zur Welt: Gerdi Sternberg. 2015 zeigte sie in der MedienGalerie eine Arbeit mit dem Titel „Rehkopf“, und auch diesmal ist sie mit einem Reh angereist. „Reh F.“ betitelte sie ihr 2016 geschaffenes Werk. Das Bild ist 145 mal 145 Zentimeter groß und mit Eitempera und Ölfarbe auf Leinwand gemalt. Es zeigt ein mitten auf einer Asphaltstraße fliehendes Reh – eine Metapher für Gewalt, die dem Tier vielleicht widerfuhr?

Eine Metapher für Freiheit sind die vier jeweils 50 mal 50 Zentimeter großen Ölgemälde von Karoline Koeppel mit dem Titel „Fliegende“. Auf den ersten

13 Künstler zeigen bei der diesjährigen Ausstellung ihre Arbeiten, darunter auch der Vorsitzende der Fachgruppe Bildende Kunst, ver.di Berlin-Brandenburg, der Bildhauer Andreas A. Jähnig. Sein Exponat „Fluchtwege“ ist eine 19 mal 17 Zentimeter große Radierung. Sie zeigt einen Menschenkopf, umgeben von einer Spritze, einem Strick, einer Pistole, einem Messer, einer Flasche Schnaps, einer Rasierklinge und einem Tablettenröhrchen. Mittel, dem Leben mehr oder oder weniger rasch zu entkommen, wenn man nicht mehr weiter weiß. Die jährlichen Ausstellungen haben jeweils ein Thema, zu dem dann entsprechende Arbeiten eingereicht werden. Der Fachgruppenvorstand hatte sich diesmal auf FLUCHT WEGE geeinigt, damit konnten sie nicht nur die aktuelle Thematik der Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge aufgreifen, sondern auch Fluchtwege von Menschen in anderen Notsituationen untersuchen, erklärte Kollege Jähnig. Er hofft, dass es mit der diesjährigen Ausstellung gelingt, Fluchtwege anders als in den Medien zu beleuchten. „Im extremen Fall ist jede Selbsttötung die Flucht vor einer unlösbar erscheinenden Schwierigkeit“, stellt er fest.

Schade, dass die Ausstellungen in der MedienGalerie immer nur sechs Wochen lang zu sehen sind. Zu kurz für eine Stadt wie Berlin mit ihrem umfangreichen Kulturangebot.

Angelika Kurowski

Die Ausstellung FLUCHT WEGE kann nur noch bis zum 21. Oktober während der Öffnungszeiten der MedienGalerie, Dudenstraße 10: montags und freitags 14 – 16 Uhr, dienstags 17 – 19 Uhr, donnerstags 14 – 19 Uhr und nach Vereinbarung unter Telefon 030-88 66 54 02 besucht werden.

Nächste Ausstellung in der MedienGalerie:

Zeit des Schreckens – Kriegsverbrechen der Wehrmacht auf Kreta

Eröffnung am 27. Oktober, 18:00 Uhr vom Landesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie, ver.di Berlin-Brandenburg. Zur Einführung spricht Dr. Martin Seckendorf

Zusätzlich samstags von 12–17 Uhr geöffnet

→ MedienGalerie

Fordern und Fördern

Bundeswehr an der russischen Grenze

Von Uli Gellermann

Da streckt sie die Hand aus, die Frau im Kostümchen: „Guten Tag Herr Putin, ich hätte gern einen Dialog mit Ihnen.“ Und in ihrer Hand liegt eine Granate. Nur so ist der dieser Satz der Bundeskanzlerin zu verstehen: „Abschreckung und Dialog: Das klare Bekenntnis zu Solidarität mit unseren Bündnispartnern gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags und die ausgestreckte Hand zum Dialog.“ Das hat die Frau im Bundestag als letzte Weisheit vor dem NATO-Gipfel in Warschau verkündet. Es ist die Weisheit des Selbstmordattentäters. Und insofern ist es dann auch die letzte. Lässig tropfte der Frau mit dem Tantengesicht und dem Herzen eines Suizidmörders der Artikel 5 des Nato-Vertrages von den Lippen: „Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird.“ Welcher NATO-Staat ist denn von der Russischen Föderation angegriffen worden? Kein Aufschrei in deutschen Medien, nur die untertänige Weitergabe einer Bedrohungslüge: Mit neuen NATO-Truppen wird zur Zeit nur Russland bedroht. Gelogen hat die Merkel.

Ton und Gestus der Merkelschen „Abschreckung-und-Dialog-Doktrin“ sind aus den Büros der Agentur für Arbeit bekannt: Sie haben ein Arbeitsangebot, so schlecht es auch sein mag, nicht angenommen? Sanktionen! Sie haben einen Lehrgang, warum auch immer, abgebrochen? Sanktionen!

Sie haben nicht genug Bewerbungen geschrieben? Sanktionen! Das asoziale Hartz-Vier-Instrumentarium nennt diese Methode Fördern & Fordern: Befördert wird der Arbeitslose in den Hungerjob, gefordert wird eine sklavische Demut. Jetzt also der Präsident der Russischen Föderation: Zuckerbrot und Peitsche wird ihm angeboten, wie einem unmündigen Kind. Nur das Zuckerbrot wurde leider vergessen. Das wurde an den Hasardeur Petro Poroschenko vergeben. Obwohl die Ukraine nicht Mitglied der NATO ist, nahm er beim Warschauer NATO-Gipfel am „kleinen Kreis?“ teil: US-Präsident Barack Obama, der britische Premier David Cameron, Frankreichs Präsident François Hollande, der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi und die Tante aus Deutschland kamen zusammen. Werden sie Poroschenko fragen, warum er immer noch nicht das in den Minsker Vereinbarungen geforderte Gespräch mit den Separatisten in der Ostukraine gesucht hat? Nein. Sie werden ihm das Händchen halten und in den deutschen Medien werden erneut schwere Krokodilstränen über die Krim fließen: So ein leckerer Happen, mit dem hätte die NATO den wichtigsten eisfreien Hafen Russlands einstecken, die Südflanke Russlands bedrohen und die schöne Zahl der NATO-Stützpunkte rund um Russland weiter vermehren können.

Annexion! Annexion! Wann immer über den Ukraine-Krim-Komplex in Deutschland gesendet oder geschrieben wird, ist dieser empörte Ausruf zu hören: Der böse Russe hat die Krim annektiert! Dass es eine Sezession war, dass sich eine deutliche Mehrheit der Krim-Bewohner für den WIEDER-Anschluss an Russland entschieden hat, das kann der NATO-Lover in deutschen Medien nicht begreifen. Ja, wenn die Volksabstimmung zum Beispiel in Kaliningrad stattgefunden hätte, wenn sich dort eine Mehrheit für einen Anschluss an Litauen (die Gegend hieß früher auf Litauisch Twangs-

te) oder den alten deutschen Namen Königsberg entschieden hätte, dann wäre das ganze westliche Instrumentarium hervorgeholt worden: Freiheit des Willens, Selbstbestimmung der Bevölkerung, Demokratie durch Mehrheitsentscheid und was der Phrasen mehr sind, die man in Libyen und anderswo bis zum bitteren Ende von Tausenden Toten genutzt hat. Tapfer hätten kühne deutsche Redakteure eine Flugverbotszone zum Schutz der Bevölkerung in Königsberg gefordert, der Deutschritterorden wäre zu neuen



Ehren gekommen, so wie die Königsfamilie der Senussi aus der Mottenkiste der Geschichte wieder in Libyen auftauchte. Aber die Krim hat, nach Auffassung der NATO-Strategen, einfach den falschen Besitzer.

So fällt den brutal entschlafenen deutschen Medien einfach nichts auf: Man verhandelte auf dem NATO-Gipfel über die Verlängerung des Afghanistan-Krieges, ein Krieg den die NATO-Partner begonnen und bis heute nicht beendet haben. Man beriet in Warschau über den Syrien-Krieg, einen Krieg den der Nato-Freundeskreis der arabischen Diktaturen von Beginn an gewollt und unterstützt hat. Die NATO hat am Rand des Gipfels ein Papier zur „Präsenz“ in Libyen unterzeichnet, die letzte NATO-Staaten-Präsenz hat einen kaputten Staat hinterlassen. Gleichberechtigter Teilnehmer der Konferenz ist der Terror-Pate und Nachwuchsdiktator Erdogan. Aber die Bedrohung, sagt die verschlagene Frau aus der Uckermark, kommt aus dem Osten. Aber der militärische Schrecken, sagt der Friedensnobelpreisträger aus Washington, der kommt aus Russland. Und alle, von der Tagesschau bis zur Frankfurter Allgemeinen, werden es wiederholen: „Der Russe ist schuld!“ So bereitet man Kriege vor.

→ Rationalgalerie

SPiegel Online meldete am 11. Oktober, die CDU-Abgeordneten Elmar Brok und Norbert Röttgen würden zusammen mit Katrin Göring-Eckardt (Grüne) neue Sanktionen gegen Moskau verlangen. Die ostdeutschen Ministerpräsidenten Erwin Sellering (SPD), Stanislaw Tillich (CDU) und Reiner Haseloff (CDU) widersprachen dieser Forderung. Stattdessen setzen sie auf den Dialog mit Moskau. qk

→ SPIEGEL-Meldung

Fundsache

ZEIT: *War es Ihnen wichtig, zu zeigen, dass Snowden zunächst ein konservativer Republikaner war und kein durchgeknallter Linker?*

Stone: Warum verwenden Sie diesen Ausdruck?

ZEIT: *Was stört Sie daran?*

Stone: Was ist falsch daran, ein Linker zu sein? Und vor allem muss man nicht durchgeknallt sein, um links zu sein. Es gibt eine noble Tradition progressiver Bewegungen, in den USA, in Deutschland, überall.

Aus einem Interview DIE ZEIT, Nr. 38, vom 8.9.2016, Seite 39, mit dem amerikanischen Regisseur Oliver Stone. Fragen stellte Katja Nicodemus → zum Interview

ver.di-SeniorInnen

Fachbereich Medien, Kunst und Industrie (FB8)

treffen sich am 21.11.

im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin (Nähe Ostbahnhof), in Raum 3.12, um 11:00 Uhr.

→ ver.di-SeniorInnen

Erwerbslose helfen Erwerbslosen

Informationen und Unterstützung für ver.di-Mitglieder (ohne Voranmeldung, aber unter Umständen mit Wartezeit):

SGB II, SGB III, Hilfe bei Sanktionen . . .

Mittwoch 16:00-18:00 Uhr: ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum E.20

SGB II, Überprüfung des Bescheides, Anrechnung von Einkommen, Umzugsaufforderung, Widersprüche . . .

Montag und Freitag 14:00-16:00 Uhr: ver.di-MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Dienstag 10:00-13:00 Uhr und Donnerstag, 14:00-17:00 Uhr: KIEZ-Treff, Mehrower Alle 28-32, 12687 Berlin

Freitag 14:00-16:00 Uhr: Otawistraße 15, 13351 Berlin

→ ver.di-Erwerbslose

Impressum

Redaktionsanschrift: „Die Querköpfe“, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin. E-Mail der Redaktion: diequerkoepfe@gmx.de

Redaktion: Annemarie Görne, Angelika Kurowski (Korrektur, Schlussredaktion), Anna Schendel, Wolfhard Besser, Kurt Pittelkau, Peter Asmussen (Koordination, Produktion, Schlussredaktion)

Herausgeber: SeniorInnenvorstand im Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie im Landesbezirk Berlin-Brandenburg

V.i.S.d.P. und Koordination: Andreas Köhn, Fachbereichsleiter FB 8

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Querköpfe Nr. 4/2016 erscheint vielleicht noch in 2016 ☺

→ Archiv



Foto: Cristian von Polentz

Der 16. Berliner Lesemarathon des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller Berlin unter dem Titel „daheim & unterwegs“ im September war ein schönes Erlebnis für Schriftsteller und Zuhörer. In den historischen U-Bahnwaggons auf dem U-Bahnhof „Deutsche Oper“ lasen 20 Autor/innen bzw. Schriftsteller/innen zum Thema. ver.di/qk

Diskussion in der ver.di-Mediengalerie

Wie deutsch ist die Deutsche Welle



Foto: Cristian von Polentz

Nach dem Deutsche-Welle-Gesetz ist es Aufgabe des gleichnamigen Senders, »Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich zu machen.« Und das geschieht derzeit in 30 Sprachen, in denen das Programm des Auslandssenders ausgestrahlt wird.

Noch. Denn die Deutsche Welle wird anders als ARD, ZDF und Deutschlandradio nicht über Gebühren, sondern allein über den Bundeshaushalt von der Steuer finanziert. Nur reicht das Geld und sind die Aufgaben des Senders wirklich ausreichend klar definiert?

Vor gut zwei Jahren gingen Hunderte DW-Mitarbeitende auf die Straße(wir berichteten), um ihren Ängsten und Sorgen Ausdruck zu verleihen. Von Kürzungen und gar Kündigungen war die Rede. Intendant Peter Limbourg hat den Sender zu einem englischsprachigen News-Kanal umgebaut. Nur reichen die Mittel überhaupt aus, um mit BBC, CNN oder Al Jazeera international konkurrieren zu können? Und müssen jetzt die anderen Fremdsprachen Programme der Deutschen Welle schrumpfen?

Auch geht die Deutsche Welle Kooperationen mit anderen Sendeanstalten ein, etwa mit dem chinesischen Staatsfernsehen CCTV. »Reporter ohne Grenzen« hat das scharf kritisiert. Denn die Deutsche Welle soll so etwas wie das multimediale Aushängeschild der demokratischen Bundesrepublik in der Welt sein, und das bedeutet auch das Eintreten für Menschenrechte, für Presse- und Meinungsfreiheit. Kann die DW zum Beispiel gegen die Präsenz des kremlnahen Senders »Russia Today« standhalten? Die Balkan-Redaktionen der DW etwa müssen mit Mikro-Etats und nur wenigen Stellen auskommen. Und welchen Stellenwert erreicht die Deutsche Welle nun im arabischen Raum? ver.di